

Kopf oder Bauch? Im Nationalrat wurden in der ersten Woche der Herbst-session 76 Mal Entscheide getroffen, auch bedeutende. Ein Blick hinter die Kulissen.

Bessere Krankenkassenaufsicht tut Not

Die 61 Krankenkassen lassen sich nur ungerne beaufsichtigen. Die Zusatzversicherungen werden durch die FINMA überwacht, nicht so die obligatorische Krankenversicherung. Dem Bundesamt für Gesundheit stehen keine griffigen Instrumente zur Verfügung. Die Entschädigungen von Verwaltungsrat und Geschäftsführung sind nicht transparent und zu hoch angesetzte Prämien können nicht korrigiert werden. Das soll sich nun ändern. Im Nationalrat versuchten die Bürgerlichen die Vorlage zu verzögern, um erst nach der Abstimmung über die öffentliche Krankenkasse darüber befinden zu müssen. Das hat nicht geklappt. Nachdem die Vorlage zur Krankenkassenaufsicht bereits im Ständerat nach intensiven Beratungen und einigen Abstrichen breit unterstützt wurde, fand sie nun auch im Nationalrat – teilweise zähneknirschend - Zustimmung. Man wollte den Befürwortern der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse keine zusätzlichen Argumente in die Hände spielen. Die Initiative hat somit einem wichtigen Gesetz wenigstens teilweise zum Durchbruch verholfen. Es handelt sich aber nach wie vor nur um einen lauen Kompromiss. Denn nebst vielen Abschwächungen wurde bezüglich der lästigen Werbeanrufe beschlossen, die Branche solle das Problem doch bitte selber lösen.

Krippen, Hort und Tagesschulen

Der Nationalrat ist bereit, die Anschubfinanzierung für Kindertagesstätten mit 120 Millionen Franken um weitere vier Jahre zu verlängern. Junge Männer und Frauen sollen sich nicht zwischen Berufstätigkeit und Kinderwunsch entscheiden müssen. Es wird anerkannt, dass die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen ein wichtiges und auch wirtschaftsfreundliches Anliegen ist. Jeder investierte Franken fliesst über die Berufstätigkeit der Eltern drei- bis vierfach in Form von höheren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zurück. Einzig die SVP und Teile der FDP sind bei der Abstimmung im Nationalrat abseits gestanden. Nicht einmal die Argumente des Fachkräftemangels vermochten sie zu überzeugen. Schaffhausen ist jetzt besonders gefordert, die nächsten vier Jahre zu nutzen, um bedarfsgerechte Tagesstrukturen aufzubauen. Das Impulsprogramm wird anschliessend wohl kaum mehr verlängert. Ich hoffe, dass ein Teil des gesprochenen Verpflichtungskredites in den Kanton Schaffhausen fliesst, damit auch bei uns die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einer Selbstverständlichkeit wird.

Gebühr oder Steuer?

Die Medienlandschaft ändert sich. Radio und Fernsehen werden heute über Computer oder Smartphones konsumiert. Die bisherige Empfangsgebühr, die an Radio- und TV-Geräte gekoppelt ist, hat durch den technologischen Wandel ausgedient. Eine Abgabe aller Haushalte und grösserer Unternehmen soll sie ablösen. An dieser neuen Gebühr entbrannte eine fast siebenstündige Monsterdebatte. „Immer, wenn es um Abgaben für die SRG geht, gibt es in diesem Saal einen Grosskampftag“, so

Bundesrätin Doris Leuthard. Dies sei eine neue Mediensteuer und ordnungspolitisch falsch, hiess es von der rechten Seite. Auf der linken Seite wurde der Service public hoch gehalten. Der Nationalrat entschied sich nach gewalteter Diskussion klar für die neue Gebühr. Für die Meinungsbildung und kulturelle Vielfalt in unserem Land ist der Service public wichtig und kann nicht ausschliesslich durch Werbung finanziert werden.

13.9.2014; Martina Munz, Nationalrätin; SN Sessionsforum